

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 01.02.2011, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 20.01.2011

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.11.2010
- TOP 4** 7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde
Vorlage: 2011/012
- TOP 5** 5. Änderung des Bebauungsplanes 23 – Hankhausen
Vorlage: 2011/006
- TOP 6** Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2011/005
- TOP 7** 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gewerbeentwicklung Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/004
- TOP 8** Bebauungsplan 68 D - Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/003
- TOP 9** Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/009

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/010

TOP 11 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/012**

freigegeben am 19.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 19.01.2011**7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur Aufstellung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 „Kleinenfelde“ nebst Begründung wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage werden die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Die Horst Bohmann Immobilien GmbH & Co KG beabsichtigt eine Wohnbebauung auf dem Eckgrundstück Danziger Straße/Stormstraße zu realisieren. Es handelt sich um die Errichtung zweier Wohnhäuser im nicht überbaubaren Bereich des Bebauungsplanes Nr. 9. Da diese Planung mit dem derzeit gültigen B-Plan nicht zu realisieren ist, wurde ein Antrag auf Änderung des B-Planes gestellt.

Die Änderung des Bebauungsplanes betrifft die Ausweitung des Bauteppichs, der u.a. durch die Ausweisung eines heute nicht mehr zeitgemäßen Sichtdreieckes entstanden ist. Ebenso wurde die Grundflächenzahl von 0,3 auf 0,4 wegen der besseren baulichen Ausnutzbarkeit angehoben. Im Übrigen wurden die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes übernommen.

Eine Flächennutzungsplanänderung wird nicht erforderlich.

Da es sich um ein Vorhaben der Innenentwicklung mit einer Grundfläche unterhalb von > 20.000 qm i.S.d. § 13a BauGB handelt, soll der vorliegende Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 01.02.2011 VA 08.02.2011		18.02.2011 – 18.03.2011	Ratssitzung 12.04.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten werden vom Investor übernommen.

Anlagen:

1. Bebauungsplanentwurf
2. Schalltechnisches Gutachten
3. Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/006

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011

5. Änderung des Bebauungsplanes 23 - Hankhausen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 – Hankhausen nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 07.12.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/184). Diese fanden in der Zeit vom 17.12.2010 bis 17.01.2011 statt.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	Entfällt	17.12.10 – 17.01.11	Ratssitzung am 08.02.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1-Abwägungsvorschläge

Anlage 2-5. Änderung Bebauungsplan 23 – Mühlenhof, Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/005

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011

Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 E – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 26.10.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/157).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 13.11. bis 13.12.2010 statt. Seitens des Landkreises Ammerland gab es Anregungen hinsichtlich der vorhandenen Wallhecken und des Denkmalschutzes des Hirschtors. Durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr GB Oldenburg wurde u. a. die Anlage eines Geh- und Radweges angesprochen. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen hierzu werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 12.12.05 VA 13.12.05	20.12.05- 10.01.06	13.11.10 – 13.12.10	Ratssitzung am 08.02.11

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/004

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011

49. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gewerbeentwicklung Tannenkrugstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 49. Änderung des Flächennutzungsplanes (49. Flächennutzungsplan-änderung – Gewerbeentwicklung Tannenkrugstraße) wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 49. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gewerbeentwicklung Tannenkrugstraße nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 07.12.2010 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/186). Diese fanden in der Zeit vom 07.12.2010 bis 07.01.2011 statt.

Der zu den eingegangenen Stellungnahmen erarbeitete Abwägungsvorschlag kann der Anlage entnommen werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungs- beschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	17.12.10 – 17.01.11	18.02.2011 – 18.03.2011	Ratssitzung am 12.04.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Bestand Natur- und Landschaft
4. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/003**

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011**Bebauungsplan 68 D - Tannenkrugstraße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68 D – Tannenkrugstraße nebst örtlichen Bauvorschriften und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 68 D – Tannenkrugstraße nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010 (Beschlussvorlagen Nr. 2010/185) hat die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange bis zum 17.01.2011 stattgefunden.

Zwischenzeitlich wurde eine etwa 1.000 qm große Fläche im Nordosten des Plangebietes an die benachbarten Grundstückseigentümer verkauft. Im Rahmen des Vertrages wurde die Errichtung eines zu bepflanzenden Walles festgehalten, der aber aufgrund der notwendigen Abstandsflächen nicht als Kompensation angerechnet werden kann. Daher wurde die Fläche als Gartenland festgelegt und in Verlängerung des Regenwasserrückhaltebeckens eine Fläche festgelegt, auf der eine Wallhecke angelegt wird.

Weitere Informationen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP präsentiert.

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange können nunmehr unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge durchgeführt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	17.12.10 – 17.01.11	voraussichtlich 18.02.11.-18.03.11	Ratssitzung am 12.04.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Bebauungsplan
2. Begründung
3. Bestand Natur und Landschaft
4. Zuschnitt der Emissionskontingente
5. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/009

freigegeben am 17.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 17.01.2011

Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung für den Bereich „ehemalige Schloßgärtnerei“ werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die beigelegte Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ehemalige Schloßgärtnerei wird beschlossen. Die Sanierung wird im umfassenden Verfahren durchgeführt. Die Vorschriften der §§ 144, 152 – 156a BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge, sowie Ausgleichsleistungen finden Anwendung.

Sach- und Rechtslage:

Für das Gebiet der ehemaligen Schloßgärtnerei Rastede (Oldenburger Str. 169) soll eine Umnutzung zur Wohnbebauung erfolgen. Der Bereich lag nach Betriebsende jahrelang brach, mittlerweile hat allerdings ein Investor den Grundbesitz durch Vertrag zum Zwecke der Durchführung der Bebauungsentwicklung optioniert und bedingt erworben.

Es wurden im o. g. Bereich städtebauliche Missstände und Mängel festgestellt, welche die Durchführung einer Sanierungsmaßnahme notwendig machen und rechtfertigen.

Über einen städtebaulichen Vertrag wird daraufhin das Ziel der Erstellung einer Sanierungssatzung sowie eine Änderung des Flächennutzungsplanes für das betreffende Gebiet vereinbart.

Rechtliche Voraussetzung und Grundlage für die förmliche Festlegung des Gebietes der ehemaligen Schloßgärtnerei als Sanierungsgebiet und die anschließende Sanierungsdurchführung ist die vorbereitende Untersuchung durch die Abalio GmbH & Co. KG. Abstimmungen mit Trägern öffentlicher Belange sind bereits vorab erfolgt.

Entsprechend § 141 Abs. 2 BauGB kann auf eine vorbereitende Untersuchung durch die Gemeinde verzichtet werden, da bereits eine die Sanierung vorbereitende Untersuchung vorliegt, die für eine Beurteilung ausreicht.

Die Sanierungsmaßnahmen sollen innerhalb eines Zeitraumes von 15 Jahren abgeschlossen sein. Nach Abschluss der Maßnahmen ist diese Satzung wieder aufzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Altlastenuntersuchung Teil 1.
2. Altlastenuntersuchung Teil 2.
3. Geotechnische Stellungnahme
4. Sanierungssatzung
5. Sanierungsgebiet
6. Sanierungssatzung Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/010

freigegeben am 17.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 17.01.2011

Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 92 – Ehemalige Schloßgärtnerei nebst Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 13a Absatz 2 und 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Be-richtigung angepasst.

Sach- und Rechtslage:

Anlass der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 92 – Ehemalige Schloßgärtnerei ist die beabsichtigte Entwicklung eines hochwertigen Wohngebietes in attraktiver und zentraler Lage. Wie bereits in der Vorlage 2011/009 – Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei dargestellt wurde, ist das Gelände bis zum Jahr 2007 durch die Schloßgärtnerei genutzt worden. Seitdem liegt das Gelände brach und die vorhandenen Hallen, Betriebsanlagen und Gewächshäuser verfallen. Zum Erhalt der teilweise denkmalgeschützten Gebäude ist eine neue Nutzung unumgänglich. Mittlerweile hat sich ein Investor gefunden, der den Grundbesitz im Gebiet „Ehemalige Schloßgärtnerei“ durch Vertrag zur Durchführung der Bebauungsentwicklung optioniert und bedingt erworben hat.

Das Plangebiet umfasst die Flächen der ehemaligen Schloßgärtnerei und soll im Zuge eines Bauleitplanverfahrens teilweise als hochwertiges Wohngebiet sowie als Mischgebiet ausgewiesen werden.

Mit dem Investor und den von ihm beauftragten Planern sind zwischenzeitlich mehrere Gespräche geführt worden. Der zu beplanende Bereich enthält verschiedene denkmalgeschützte Gebäude wie bspw. das Erdgewächshaus und die Mauer an der Feldbreite. Die bestehenden Gebäude und Betriebsanlagen sollen mit Ausnahme der denkmalgeschützten Gebäude und Anlagen abgerissen werden.

Eine Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde ist aufgrund des sensiblen Bestandes bereits frühzeitig zwischen Investor und der Denkmalschutzbehörde erfolgt und in den Bebauungsplanentwurf eingeflossen. Darüber hinaus handelt es sich bei dem Gelände um eine ausgesprochen exponierte Lage, die für Rastede eine hohe städtebauliche Funktion und Bedeutung hat. Hieraus resultierte für den Bebauungsplanentwurf ein höherer Regelungsbedarf, der seinen Niederschlag in den örtlichen Bauvorschriften und textlichen Festsetzungen findet.

Die Gliederung des Plangebietes erlaubt eine dreigeschossige Bauweise mit maximalen Gebäudehöhen von 13,50 m im nördlichen Teil, während im südlichen Teil eine zweigeschossige Bauweise mit Gebäudehöhen von maximal 9,50 m festgesetzt werden. Die Erschließung ist von der Oldenburger Straße geplant.

Im bestehenden Flächennutzungsplan wird das Plangebiet als Sondergebiet „Hotel/Pension“ dargestellt, dieser soll im Zuge einer Berichtigung angepasst werden.

Da es sich um ein Vorhaben der Innenentwicklung mit einer Grundfläche unterhalb von 20.000 qm i.s.d. § 13a BauGB handelt, soll der vorliegende Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 01.02.2011 VA 08.02.2011		18.02.2011 – 17.03.2011	Ratssitzung 12.04.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten werden vom Investor getragen.

Anlagen:

1. Bebauungsplanentwurf
2. Begründung
3. Schalltechnische Untersuchung
4. Städtebauliches Konzept